BASS · Konsumstr. 20 · 3007 Bern · 031 / 380 60 80

BASS

4. Nationalen Tagung der Schlichtungsstellen nach Gleichstellungsgesetz
am 16. November 2006 in Basel

Evaluation des Gleichstellungsgesetzes

Heidi Stutz

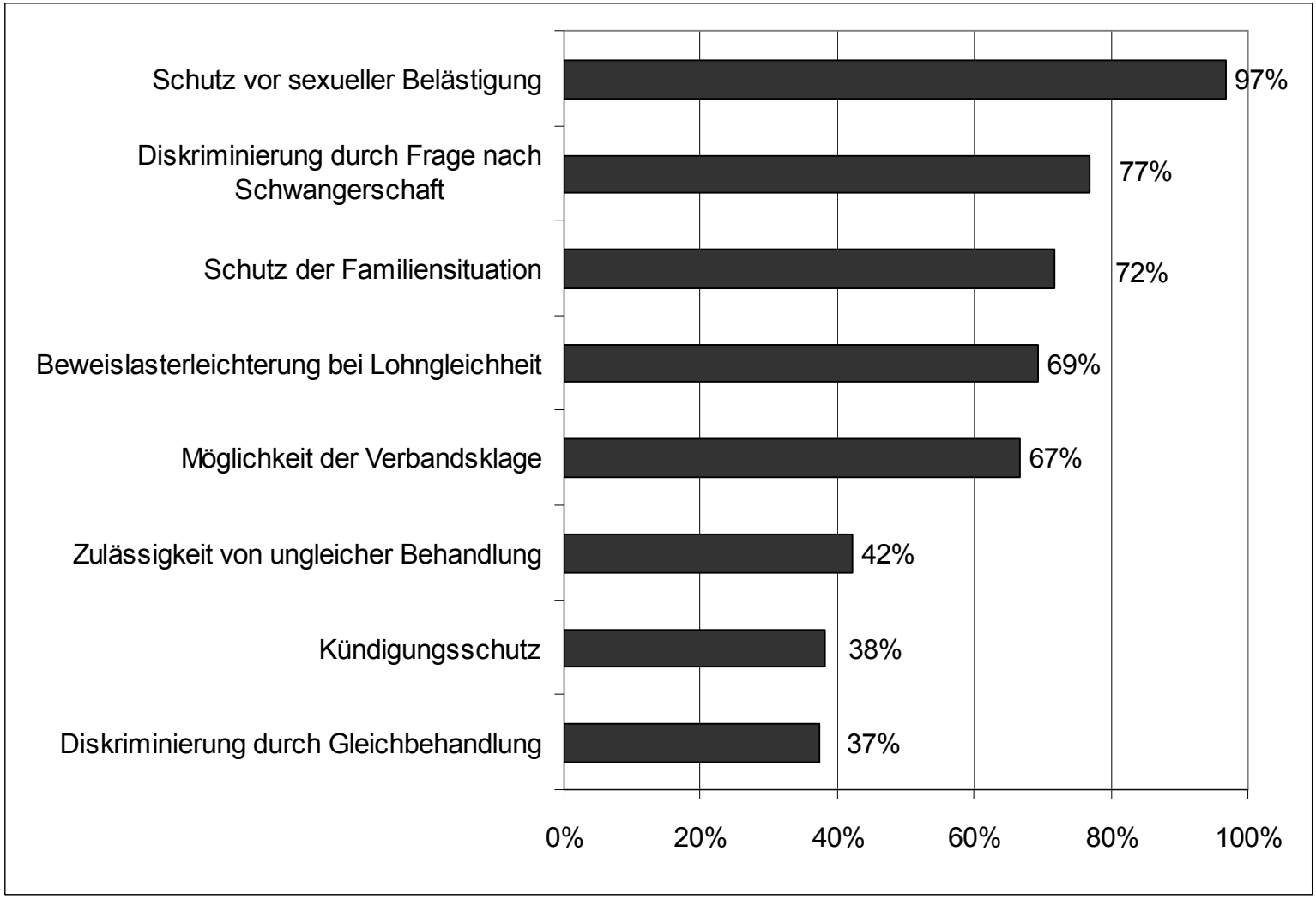
Inhalt

1. Aufbau der Untersuchung
2. Bekanntheitsgrad, Information und Haltung
3. Entwicklung und Stand der Gleichstellung
4. Charakteristika von Diskriminierungsfällen
5. Neue Regelungen im GIG
6. Handlungsbedarf und Massnahmenvorschläge
7. Was seither geschah

Die einzelnen Untersuchungsteile

- Statistische Grobauswertung von Gerichtsentscheiden
- Schriftliche Befragung der Schlichtungsstellen
- Schriftliche Befragung von Arbeitnehmendenorganisationen u.a.
- Repräsentative schriftliche Unternehmensbefragung
- Inhaltsanalyse der Gerichtsurteile in den Kantonen Zürich, Waadt, Graubünden und Schwyz
- Mündliche Befragung von Arbeitnehmendenorganisationen und Anwält/innen

Bekanntheit der GIG-Regelungen *(Unternehmensbefragung)*



BASS

Information und Haltung

- **Unternehmen**
- **Arbeitnehmendenorganisationen u.a.**
- **Arbeitnehmende**
- **Juristische Fachpersonen:**
  - Anwält/innen
  - Schlichtungsstellen
  - Gerichte

Welchen Einfluss hat das GIG?

- Einschätzung der Entwicklung
- Kontextanalyse
- Wirkungen des GIG
- Stand Massnahmen in Betrieben
- Handlungsbedarf
- Hindernisse

Beratung und Betriebsebene

- **Beratung:**
  - Beratungsauftrag der Schlichtungsstellen nicht überall eingelöst
  - Andere Beratungsmöglichkeiten lückenhaft

- **Betriebsebene:**
  - 9 von 10 Personalverantwortlichen hatten keine Beschwerden
  - Themen: Lohn, Aufgabenzuteilung, sexuelle Belästigung & Beförderung
  - Umgang mit Konflikten stellt Problem dar

Konflikte vor Schlichtungsstellen

- **Stellen aller Kantone befragt, 355 Konfliktfälle analysiert** (Vollerhebung)
- **Zwischen Kantonen grosse und erklärungsbedürftige Unterschiede** (in ZPO-Revision eingeflossen)
- **Diskriminierungsarten:**
  37% Lohn, 26% sexuelle Belästigung, 22% Kündigung
- **Ziel Arbeitsplatzerhalt nicht erreicht:**
  29% Arbeitsverhältnisse (Privatsektor 15%) bestehen weiter.
- **Einigungsquote 40% (19-61%):**
  bei Nichteinigung gehen mehr als Hälfte ans Gericht.

Konflikte vor Gericht

- **269 Entscheide zu 176 Fällen mit 1340 Betroffenen** (Vollerhebung),
  - gut Hälfte öff.-rechtl.; 32 Entscheide zu Verbandsklagen
  - Geografisch konzentriert: 1/3 ZH, 1/6 GE.
- **Diskriminierungsarten:**
  - Lohn (153), sex. Belästigung (57), diskr. Kündigung (50).
  - Unterschiede Deutsch-/Westschweiz; privater/öffentlicher Sektor
- **Fast Hälfte erstinstanzlicher Entscheide weitergezogen**
- **42% Entscheide mehrheitlich positiv für Arbeitnehmende, höhere Instanzen Arbeitnehmenden-freundlicher.**
- **Länge Verfahren Problem v.a. bei Lohnklagen.**

Gesetzestheorie und Gerichtspraxis

- **Untersuchungsmaxime**
- **Beweislasterleichterung**
  - Zweistufigkeit des Beweisverfahrens
  - Glaubhaftmachung
  - Rechtfertigungsgründe
- **Verbandsklage/-beschwerde**
- **Kündigungsschutz**
- **Sexuelle Belästigung**
- **Rechtsentwicklung**

Handlungsbedarf

- Angst, gegen Diskriminierung anzugehen
- Mangelndes Wissen
- Nichterkennen der indirekten Diskriminierung
- Fehlende Gleichstellungsmassnahmen
- Ungenutztes Potential der Schlichtungsstellen
- Fehlender Zugang zu Informationen, Unklarheit
- Lange Verfahrensdauer
- Vorgehen gegen strukturelle Diskriminierung

Vorgeschlagene Massnahmen

- Angst / Vorgehen gegen strukturelle Diskriminierung
  Behörde mit Untersuchungs- und Durchsetzungskompetenzen
  Ausbau der Sanktionen
- Mangelndes Wissen / Nichterkennen indirekter Diskriminierung
  Information, Schulung, Sensibilisierung
  Klärung durch Rechtssprechung / juristische Forschung
- Fehlende Gleichstellungsmassnahmen
  Sensibilisierung; Anreize / Kontrolle / Ausbau der Sanktionen;
  Verpflichtung zur Gleichstellungsförderung
- Ungenutztes Potential der Schlichtungsstellen
  Nationale Mindeststandards
- Fehlender Zugang zu Informationen, Unklarheit, lange Verfahrensdauer
  Regelung der Informationsklärung und Gutachtenerstellung; Schulung zu Beweislasterleichterung; Ausdehnung Beweislasterleichterung

Umsetzung der Evaluationsergebnisse

- Bundesratsbericht
- Auftrag des Bundesrats ans Eidg. Büro für Gleichstellung
- Auftrag des Bundesrats ans Bundesamt für Justiz
- Neue Zivilprozessordnung
- Parlamentarische Vorstösse